

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – August 2013

Inhalt

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen	2
EU unterstützt gesündere Nahrung	2
EU Webseite informiert Kinder über die EU und die Rechte der Kinder	2
EU-Kommission schlägt gemeinsames Konzept zur Finanzierung von Armutsbeseitigung und nachhaltiger Entwicklung vor.....	2
Europäisches Parlament prüft Änderungsanträge zu Frauen mit Behinderungen	2
Weitere Nachrichten	3
Schweizer Bundesrat sieht neue Verfassungsgrundlage zur Kinder- und Jugendpolitik als unnötig	3
EU-Kommission kritisiert Deutschland wegen Sprachtests beim Ehegattennachzug.....	3
Niederländische Regierung will EU-Kompetenzen einschränken.....	3
WHO Europa verabschiedet Erklärung zur gesunden Ernährung	3
Frauenpensionsalter in Österreich.....	4
Internationaler Tag der Jugend 2013 „Jugendmigration: Entwicklung vorantreiben“	4
Berichte und Studien	4
Bericht über weniger Interesse für das Erlernen einer Fremdsprache	4
Die Zeitschrift der Europäischen Kommission „Sozial Agenda“ zum Thema Diskriminierung von EU-Arbeitnehmer/innen	4
Bevorstehende Veranstaltungen	5

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

EU unterstützt gesündere Nahrung

Die EU-Kommission will mithilfe des Projektes "Pleasue" gegen ernährungsbezogene Krankheiten wie Bluthochdruck und Diabetes vorgehen. Der Gehalt von Zucker, Salz und Fett in industriell verarbeiteten Lebensmitteln soll reduziert werden, ohne dabei Zusatzstoffe zu verwenden. Außerdem werden Ersatzstoffe für Zucker, wie kalorienarme Süßstoffe, genauer untersucht. Mit dem Projekt sollen technologische Lösungen erforscht werden, um z.B. den Zuckeranteil in Apfelsaft und die Verteilung von Salz und Fett um 30 Prozent zu reduzieren.

- [Informationen zum Projekt "Pleasure"](#) 

EU Webseite informiert Kinder über die EU und die Rechte der Kinder



Die Europäische Kommission hat mit „Kids 'Corner“, eine spezielle Website für Kinder und Jugendliche eingerichtet. Die Website enthält Informationen über die Rechte der Kinder sowie Spiele, ein Quiz und Informationen über die EU und ihre Mitgliedstaaten.

- [Webseite der EU „Kids-Corner"](#) 

EU-Kommission schlägt gemeinsames Konzept zur Finanzierung von Armutsbeseitigung und nachhaltiger Entwicklung vor

Die Europäische Kommission hat eine Mitteilung angenommen, in der wichtige Grundsätze für die Finanzierung von Armutsbeseitigung und nachhaltiger Entwicklung nach 2015 vorgeschlagen werden. 2015 markiert das Zieldatum für die Verwirklichung der derzeitigen Millenniumsentwicklungsziele.

Die Mitteilung baut auf dem jüngst vorgelegten Strategiepapier: „Ein Leben in Würde für alle: Beseitigung der Armut und eine nachhaltige Zukunft für unsere Welt“ auf. Bei diesem Dokument lag der Schwerpunkt auf der Frage, „Was“ innerhalb des künftigen Entwicklungsrahmens finanziert werden sollte. Bei der jetzt vorgelegten Mitteilung geht es um das „Wie“ der Finanzierung.

- [Mitteilung der EU mit Vorschlägen für die Finanzierung von Armutsbeseitigung und nachhaltiger Entwicklung in der Zeit nach 2015](#) 
- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)
- [Strategiepapier: „Ein Leben in Würde für alle: Beseitigung der Armut und eine nachhaltige Zukunft für unsere Welt"](#) 

Europäisches Parlament prüft Änderungsanträge zu Frauen mit Behinderungen

Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) beschäftigt sich mit einem Entschließungsantrag für Frauen mit Behinderung. Zu diesem werden 196 Änderungsanträge diskutiert. Insgesamt fordert der Antrag eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen mit Behinderung und setzt sich für eine Anpassung der Gesellschaft an ihre wesentlichen Bedürfnisse ein.

- [Entwurf des Entschließungsantrags zu Frauen mit Behinderungen](#) 
- [Änderungsanträge zum Entschließungsantrag zu Frauen mit Behinderungen](#) 

Weitere Nachrichten

Schweizer Bundesrat sieht neue Verfassungsgrundlage zur Kinder- und Jugendpolitik als unnötig

Der Schweizer Bundesrat erachtet die Einführung einer neuen Verfassungsbestimmung über Kinder- und Jugendförderung sowie über Kinder- und Jugendschutz als unnötig. Der Entwurf der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) des Nationalrates würde Bund und Kantone zu einer aktiven Kinder- und Jugendpolitik verpflichten. Da der Bund in den vergangenen Jahren bereits zahlreiche Schritte zur Unterstützung von kantonalen Bestrebungen zur Weiterentwicklung ihrer Kinder- und Jugendpolitik unternommen hätte, sieht der Bundesrat keinen weiteren Handlungsbedarf als notwendig.

- [Stellungnahme des Bundesrates](#) 
- [Bericht der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur \(WBK\) des Nationalrates](#) 

EU-Kommission kritisiert Deutschland wegen Sprachtests beim Ehegattennachzug

Wenn Nicht-EU-Bürger/innen zu ihren Ehepartner/innen nach Deutschland ziehen möchten, müssen sie vor der Einreise einen Deutschtest absolvieren. Die EU-Kommission sieht darin einen Verstoß gegen das EU-Recht, und zwar mit der Familienzusammenführungsrichtlinie der EU, und hat ein Verfahren gegen die Bundesregierung eingeleitet. Die Bundesregierung hat zu den Vorwürfen Stellung genommen und darin ihre bisherige Auffassung bestätigt.

- [Familienzusammenführungsrichtlinie der EU 2003/86/EG](#)

Niederländische Regierung will EU-Kompetenzen einschränken

Die niederländische Regierung hat sich gegen eine weitere Vertiefung der EU ausgesprochen. Stattdessen sollten bestehende Zuständigkeiten teilweise rückverlagert werden. Der Bericht der niederländischen Regierung nennt neben allgemeinen Empfehlungen für das Rechtssetzungsverfahren in der EU 54 Bereiche, in denen die EU künftig stärkere Zurückhaltung üben sollte. Unter anderem hinterfragt die niederländische Regierung auch die Verhältnismäßigkeit der Richtlinie zur Familienzusammenführung.

- [Bericht der Niederlande Europäische Gesetzgebung für Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit](#) 

WHO Europa verabschiedet Erklärung zur gesunden Ernährung

Auf der Europäischen Ministerkonferenz der WHO in Wien zur Ernährung und nichtübertragbaren Krankheiten im Kontext der Gesundheitsstrategie 2020 wurde die „Wiener Erklärung“ verabschiedet. Diese sieht vor, den Zugang zu gesunder Ernährung für alle zu erleichtern, soziale Unterschiede bei der Ernährung zu beseitigen, ein gesundes Ernährungsumfeld für alle Bevölkerungsgruppen zu schaffen und körperliche Betätigung zu fördern. Politische Maßnahmen sollten vor allem in den Bereichen Lebensmittelherstellung, -konsum, -verfügbarkeit sowie Marketing und Bildung ansetzen.

- [Erklärung von Wien zu Ernährung und nichtübertragbaren Krankheiten](#) 

Frauenpensionsalter in Österreich

Die EU-Kommission hat von Österreich eine Angleichung des Pensionseintrittsalters der Frauen an jenes der Männer gefordert, da das tatsächliche Pensionsantrittsalter unter dem EU-Durchschnitt liege. Dieser Schritt ist in Österreich jedoch umstritten, nicht zuletzt aufgrund der Finanzierbarkeit und der fehlenden Gleichstellung von Männern und Frauen hinsichtlich ihrer Bezüge.

- [Pensionsalter in den 27 EU-Staaten im Überblick](#) 

Internationaler Tag der Jugend 2013 „Jugendmigration: Entwicklung vorantreiben“

Der Internationale Tag der Jugend 2013 (International Youth Day), wird jährlich am 12. August gefeiert. Das Motto des diesjährigen Internationalen Tags der Jugend lautete „Jugendmigration: Entwicklung vorantreiben“ („Youth Migration: Moving Development Forward“). Ziel war es, die Bedeutung von Jugendmigration zu zeigen. Gerade Migration der jungen Menschen hätte sich in den letzten Jahren stark entwickelt und beinhaltet neben dem Potenzial für den interkulturellen Dialog auch Herausforderungen in Bezug auf Ausgrenzung, Armut, Ausbeutung und Diskriminierung.


Seit 1999 soll der Internationale Tag der Jugend an die Bedeutung der Jugend als Lebensphase erinnern und zeigen, wie wichtig es ist, Jugendliche in politische Willensbildungsprozesse einzubeziehen.

Berichte und Studien

Bericht über weniger Interesse für das Erlernen einer Fremdsprache

Ein Bericht des British Council zeigt, dass 62 % der britischen Bürger nur Englisch sprechen können. Mit den verbliebenen 38 %, die eine Fremdsprache beherrschen, liege das Vereinigte Königreich unterhalb des EU Durchschnittes von 56 %.

Durch diese Studie sieht sich die EU-Kommission darin bestärkt, die Rahmenstrategie für Mehrsprachigkeit weiter zu intensivieren.

- [Statistik des British Council über Mehrsprachigkeit in UK](#) 
- [Mitteilung der Kommission zum Thema Mehrsprachigkeit](#)
- [Umfrage der EU-Kommission von 2012 zu Mehrsprachigkeit in der EU](#)

Die Zeitschrift der Europäischen Kommission „Sozial Agenda“ zum Thema Diskriminierung von EU-Arbeitnehmer/innen

Die aktuelle Ausgabe von „Sozial Agenda“ behandelt insbesondere die konkreten Vorschläge der Kommission zu den Hindernissen für das Arbeiten in einem anderen EU-Staat. Außerdem wirft sie ein Schlaglicht auf die Themen Beschäftigung und Soziales im neuen EU-Haushaltsrahmen für den Zeitraum 2014-2020 und den Prozess der wirtschaftspolitischen Koordinierung im Rahmen des Europäischen Semesters 2013.

- [Sozial Agenda Nr.34 - Freizügigkeit der EU-Arbeitskräfte](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

- Stadt Bremen, Bevollmächtigte beim Bund und für Europa: [Für ein solidarisches und menschliches Europa!](#) (03. September 2013, Bremen)
- Konrad Adenauer Stiftung, Rete Juventutis, Don Bosco International, COMEC: [Schaffung neuer Möglichkeiten für junge Menschen](#) (04. September 2013, Brüssel)
- European Public Health Alliance, Jahreskonferenz [„Brave New World: Inclusive Growth and Well-Being or Vested Interests and Lost Generations?“](#) (04. bis 05. September 2013, Brüssel)
- Informelles Treffen der EU-Landwirtschaftsminister: [Perspektiven der Familienbauernhöfe im Rahmen der Globalisierung](#) (08. bis 10. September 2013, Vilnius)
- London School of Economics and Political Science (LSE): [Demographie und Familienpolitik](#) (09. bis 11. September 2013, Swansea)
- Zweite Internationale [WHO-Konferenz altersfreundlicher Städte](#) (09. bis 11. September 2013, Québec)
- COST Action CIRES, OECD LEED Programme and Bertelsmann Stiftung: [Konferenz über Schrumpfende Städte in Europa](#) (12. bis 13. September 2013, Essen)
- European Institute for Gender Equality (EIGE): [Die Gleichstellung der Geschlechter de facto als ein Beitrag zur Erreichung der Ziele von Europa 2020: die Wirksamkeit der institutionellen Mechanismen](#) (13. September 2013, Vilnius)
- International Society for the Prevention of Child Abuse and Neglect: [13. Europäische Regionalkonferenz zu Kindesmissbrauch und Vernachlässigung](#) (15. bis 18. September 2013, Dublin)
- European Alcohol Policy Alliance (EUROCARE): [Protecting the unborn baby from alcohol](#) (17. September 2013, Brüssel)
- Public Policy Exchange: [„Eliminating Domestic Violence in Europe: Implementing Strategies for Protection and Prevention“](#) (17. September 2013, Brüssel)
- Eurocities: Cities for Active Inclusion Final Conference [„Caring for the Younger Generation: Delivering Outcomes, Supporting Lives“](#) (25. September 2013, Brüssel)
- E.D.E. Congress: [The use of new technologies in long-term care](#) (26. bis 28. September, Tallinn)
- Bildung Ministertreffen: Förderung Kompetenzen und der Beschäftigungsfähigkeit durch Bildung, 02. bis 03. Oktober 2013, Istanbul)
- Public Policy Exchange: [„A European Strategy for Gender Equality: Tackling Discrimination in the Workplace and Beyond“](#) (09. Oktober 2013, Brüssel)
- European Network for Intergenerational Learning (ENIL): [Intergenerational Learning Cities](#) (16. bis 18. Oktober, Cunca (Spanien))
- COFACE: Arbeitsgruppe „Integrative Maßnahmen für Behinderte, pflegebedürftige Personen und ihre Familien“ (18. Oktober 2013, Brüssel)
- Alliance for Childhood u.a., Konferenz [„Unfolding – Creating a culture that allows each and every child to unfold their unique potential and to engage in society“](#) (23. bis 26. Oktober 2013, Brüssel)
- UNESCO: Jugend und soziale Eingliederung: [Bürgerschaftliches Engagement, Dialog und Kompetenzentwicklung](#) (29. bis 31. Oktober 2013, Paris)
- Eurochild: [Aufbau eines integrativen Europa - der Beitrag der Beteiligung von Kindern](#) (13. bis 15. November 2013, Mailand)
- European Public Health Conference: [„Health in Europe – Are we there yet? Learning from the past, building the future“](#) (13. bis 16. November, Brüssel)

- Erzbistum Köln e.V.: [Europäische Woche der Begegnung für Menschen mit und ohne Behinderung 2013](#) (27. Oktober bis 02. November 2013, Bergisch Gladbach)
- EU-Kommission, EWSA: [„Social Entrepreneurship and Social Economy“](#) (16. Januar 2014, Straßburg)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).
